

# **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft

**Rechenschaftsbericht für  
Oktober 2011 – November 2012**

Für den 11. Landesparteitag des Landesverbandes DIE LINKE Bremen

## **Rechenschaftsbericht Fraktion DIE LINKE für den 11. Landesparteitag am 11. November 2012:**

17 Monate der 18. Legislaturperiode sind inzwischen ins Land gezogen. Vor einem Jahr eröffneten wir die Bilanz über die ersten 140 Tage in der Bürgerschaft mit den Worten: „Direkt im Anschluss an die Koalitionsverhandlungen begann der rot-grüne Senat einen neuen Angriff auf die öffentliche Infrastruktur Bremens. Gekürzt wird an den Schulen, im öffentlichen Dienst und bei Investitionen. Mit einer 2/3-Mehrheit ausgestattet versucht die Koalition nun sogar, die Verschuldungsobergrenze im „Sanierungspfad“ der Schuldenbremse deutlich zu unterbieten.“ Inzwischen haben die Bremerinnen und Bremer schmerzhaft zu spüren bekommen, dass „Sparen ohne dass es jemand merkt“ unter diesem politischen Diktat die erwartete hohle Wahlkampfphrase war. Bremen merkt die Kürzungen. Unmittelbar nach den Haushaltsverhandlungen im Mai 2012 musste die Bildungssenatorin eingestehen, dass ihr die Mittel für 110, eigentlich sogar für 173 Lehrerstellen fehlen. Ganztägiges Lernen steht auf der Kippe. Inklusion verliert ohne Personal an Akzeptanz. Der Ausbau der U-3 Plätze stockt, in den Krankenhäusern fehlt Personal. Die Hochschule wird weniger Studierende aufnehmen können und muss vermutlich Studiengänge schließen. Feuerwehr und Polizei sind unterbesetzt. Wichtige Projekte in den Stadtteilen können nicht angeschoben werden. Verlierer dieser Politik sind aber nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sondern alle Bremerinnen und Bremer.

Die Linksfraktion hat in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, dass der Weg einer Haushaltssanierung über ein Kaputtkürzen der öffentlichen Ausgaben in einer Sackgasse mündet, ökonomischer Unsinn ist und die soziale Spaltung der Stadt vorantreibt. Wir haben geredet, debattiert, Anträge gestellt, Änderungsvorschläge gemacht und die gesellschaftliche Verteilungsfrage gestellt. Mittlerweile stehen wir mit unserer Kritik nicht mehr alleine da. Institutionen, Beschäftigte GewerkschafterInnen, Personalräte, Eltern, SchülerInnen stellen diese Politik inzwischen in Frage, sind mit uns im Gespräch und gehen auf die Straße. Aktuell wollen Feuerwehr und Polizei weitere Kürzungen nicht mehr hinnehmen und kündigen jetzt bereits an, freiwillige Überstunden nicht mehr leisten zu wollen. Das bedeutet bei der dünnen Personaldecke: es wird brenzlig.

Zukünftig wird es aber von größerer Bedeutung sein, wie wir der politischen Lähmung, die mit dieser kalkulierten Politik der leeren Kassen einhergeht, etwas entgegen setzen können. Es um die Rückeroberung der politischen Räume.

Aufschläge sind gemacht. In der Öffentlichkeit und den Medien ist unsere Kritik präsent. Institutionell ist die Linksfraktion wesentlich besser verankert. In der Stadt wird nicht mehr über uns, sondern mit uns geredet.

Die Wirksamkeit von parlamentarischer Arbeit beschränkt sich aber nicht darauf, mit Anträgen oder Anfragen eine Punktlandung hinzulegen. Im Gegenteil, wir sind dann gut, wenn wir es schaffen, Themen über längere Zeiträume hinweg immer wieder öffentlich präsent zu halten und über den langen Atem etwas zu verändern: ein gutes Beispiel hierfür war die Kampagne zur Zivilklausel. Wir haben es gemeinsam mit außerparlamentarischen Akteuren geschafft, über viele Monate das Thema zu besetzen. Bis schließlich alle klein beigeben mussten und darüber hinaus zum ersten Mal seit Jahren in Bremen öffentlich auch wieder über Rüstungsproduktion geredet wird.

Öffentlichkeit ist für die Arbeit der Fraktion ein wichtiges Mittel. Denn sie wirkt auch umgekehrt. An uns werden viele Dinge herangetragen, die in parlamentarische Initiativen münden sollen und auch münden. Dabei ist es oft nicht entscheidend, ob es parlamentarische Mehrheiten für diese Initiativen gibt. Entscheidender ist, dass diese Anliegen anschließend über die Medien in eine öffentliche Diskussion übergehen. Es ist eine zentrale Anforderung an eine kleine linke Oppositionsfraktion, in Bremen den Finger in die Wunde zu legen und Diskussionen anzustoßen.

Es ist uns klar, dass wir nicht überall sein können. Es ist uns auch klar, dass wir die Zusammenarbeit mit aktiven Menschen in und außerhalb der Partei immer noch verbessern können. Aber es gibt immer wieder positive Beispiele, die unsere Arbeit bestärken. Aktuell gerade die gelungene Rückkoppelung mit unserer Beirätin in Blumenthal in Sachen Grundwasserverseuchung durch das Tanklager in Farge. Hand in Hand kann es weiter gehen.

Wie wir diese Art Zusammenarbeit intensivieren können und ob wir dafür Strukturen verändern müssen, würden wir gerne auf dem nächsten gemeinsamen Planungstreffen mit allen Aktiven im Landesverband diskutieren.

Mit solidarischen und sozialistischen Grüßen

Kristina Vogt, Vorsitzende

## **Inhalt**

Arbeit.....	3
Bildung.....	4
Frauen.....	5
Frieden und Antimilitarismus:.....	6
Haushalt und Finanzen.....	6
Innenpolitik.....	8
Kinder und Jugend:.....	9
Klinik-Keime (Parlamentarischer Untersuchungsausschuss).....	10
Migration.....	11
Soziales.....	12
Stadtentwicklung.....	13
Umwelt & Energie.....	14
Wissenschaft.....	15

## **Arbeit**

Die Fraktion hat das Bremer Mindestlohngesetz von Beginn an konstruktiv begleitet und betrachtet den Vorstoß auf Landesebene als geeigneten Hebel, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Lohndumping in Bremen langfristig zu überwinden. Allerdings hat sich die Fraktion – wie vom 10. Landesparteitag empfohlen - bei der entscheidenden Abstimmung enthalten, nachdem sie zuvor einen Änderungsantrag und - nach der erfolgten Anhörung - einen eigenen Gesetzantrag eingebracht hatte, der einen Landesmindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde vorsah. Nach der Verabschiedung kommt es nun darauf an, dass das Bremer Mindestlohngesetz auch entsprechend angewendet wird. Das heißt, an allen Stellen, wo Bremen beteiligt ist bzw. Fördermittel gewährt, ist der Mindestlohn einzuhalten. Dazu wurde von der Fraktion aktuell eine Anfrage in der Bürgerschaft eingereicht. Am 22. und 23.12.2012 stellte die Fraktion in Kooperation mit der niedersächsischen LINKEN-Fraktion ein Großplakat „Ihnen frohe Weihnachten – der Verkäuferin einen guten Lohn!“ in Bremen und in Bremerhaven auf.

Weitere parlamentarische Initiativen im Bereich Arbeitsmarktpolitik galten Anfragen zur Leiharbeit bzw. zur Arbeitnehmerüberlassung in Bremen, zur Kürzung der Bundesmittel im öffentlichen Beschäftigungssektor sowie zur unzureichenden Ausschöpfung von Bundesmitteln für „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II“ (Hartz IV). Auf Grundlage der Antwort auf unsere Große Anfrage zu den Freibeträgen bei Hartz IV-Aufstockern, von denen es in Bremen offiziell rund 20.000 gibt, haben wir einen Flyer produziert, an dem prekär Beschäftigte selbst errechnen können, ab wann ihnen aufstockende Hartz IV-Leistungen zustehen. Nach Absprache mit ver.di haben wir im Frühjahr 2012 einen Antrag zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes (Verbot von Sonntagsöffnungen) und wenig später einen eigenen Gesetzantrag zur grundlegenden Änderung der Ladenöffnungszeiten in Bremen eingebracht. Darüber hinaus waren wir an mehreren Schlecker-Aktionen beteiligt, haben dazu Flyer produziert, ein Großplakat („Kalt wie Hundeschнауze“) aufgestellt und immer wieder parlamentarisch nachgehakt. Zum 1. Mai haben wir einen Folder mit dem Schwerpunkt Einzelhandel und prekäre Beschäftigungen in Bremen herausgegeben.

Anlässlich des zehnten Jahrestags der Einsetzung der Hartz-Kommission hat die Fraktion am 22. Februar 2012 einen Entschließungsantrag in die Bürgerschaft eingebracht, der von einer vom Landesverband mitgetragenen öffentlichen Aktion auf dem Marktplatz begleitet wurde. Auf der von der Fraktion initiierten Veranstaltung „Die Unmenschlichkeitskatastrophe - 10 Jahre Hartz IV“ diskutierten am 9. Oktober 2012 rund 100 Teilnehmer\_innen - von Hartz IV-Betroffenen über Aktive aus Erwerbsloseninitiativen und Sozialberatungen bis hin zu Beiräten in den sozial abgehängten Quartieren - mit den eingeladenen Experten Rudolph Bauer, Elisabeth Graf, Uwe Mühlmeier und unseren Abgeordneten Claudia Bernhard und Peter Erlanson sowie Moderator Jan Zier über die verheerenden Auswirkungen der Hartz-Gesetze auf das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik und die Veränderungen des sozialen Klimas. Eine Diskussion, an die die Fraktion mit parlamentarischen Initiativen und weiteren Veranstaltungen anknüpfen will und muss. An der Mahnwache „Weg mit Hartz IV“ vor dem Bremer Jobcenter haben wir teilgenommen und die AktivistInnen mit Kaffee und Kalorien unterstützt.

## **Bildung**

Im zweiten Jahr in Folge richteten die Kürzungen im Bildungshaushalt teils chaotische Zustände in den Schulen an. Motivierte JunglehrerInnen verließen entnervt die Stadt, SchülerInnen kämpfen mit Stundenausfall und einer eingeschränkten Fächerwahl und immer weniger LehrerInnen sollen immer mehr bildungspolitische Großreformen umsetzen (Oberschule, Inklusion, ganztägiges Lernen,...). Die Kürzungen richten aber noch weit mehr an, als alle Beteiligten vor riesige Probleme zu stellen. Sie führt dazu, dass Bremens Bildungswesen immer

selektiver wird und zu erwarten ist, dass Jugendliche aus weniger wohlhabenderen Familien immer weiter abgehängt werden. Seit Beginn der Proteste der SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen vor eineinhalb Jahren steht die Fraktion in regelmäßigen Kontakt mit denjenigen, die sich gegen diese Politik wehren.

Im Sommer wurde bestätigt, was wir schon seit den ersten Haushaltsentwürfen kritisieren: Die veranschlagte Summe reicht für das Personal-Soll definitiv nicht. Diese simple Rechnung versetzt die Koalition in eine Krise, der Koalitionsausschuss tagte zweimal, Böhrnsen machte Bildung gar zur ‚Chefsache‘. Passiert ist seit dem nichts, die nicht einmal ausreichenden Bedarfe von 110 Stellen wurden nur bis Ende 2013 genehmigt. Dann muss diese Summe an anderer Stelle im Bildungshaushalt wieder ausgeglichen, also gekürzt sein. Faktisch bedeutet das, dass der angebliche Koalitionsschwerpunkt ganztägiges Lernen begraben werden muss und die Schulen immer noch auf ausreichendes Personal für die Inklusion warten. Aktuell wächst der Unmut wieder. Im kommenden Frühjahr gehen viele Lehrkräfte in den Ruhestand, die Unterausstattung wird dann noch schlimmer werden.

Die Fraktion hat bereits in den Haushaltsverhandlungen klar aufgezeigt, an welchen Stellen es mangelt und zusammen mit der GEW und Personalräten eine deutliche Erhöhung um jeweils 300 zusätzliche Lehrkräfte in 2012 und 2013 gefordert. Wir unterstützten die Proteste des Bündnis für Bildung und der SchülerInnen. Im Juli, wo dann allen klar war, was der kurz vorher verabschiedete Kürzungshaushalt konkret bedeutet, forderten wir einen Nachtragshaushalt (einvernehmlich mit der GEW und sogar die CDU schloss sich im September kurzfristig an). In der Debatte wurde eines deutlich: Fachpolitische Bildungspolitik wird mittlerweile als reine Verwaltung von Zahlen zum Schuldenabbau verstanden. Sowohl SPD als auch Grüne hielten es für ausreichend, Finanztechnokraten in die Debatte zu schicken, die nicht einmal behaupten, von der verheerenden Schulpolitik eine Ahnung zu haben. LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen lassen sich aber längst nicht mehr alles gefallen. Weitere Proteste sind für die kommende Woche angekündigt und werden von uns unterstützt.

## **Frauen**

Im Zusammenhang mit der Diskussion um häusliche Gewalt haben wir uns intensiv um die Unterstützung von Frauenprojekten in dem Bereich engagiert. Wir haben Anträge zur Aufstockung von Haushaltsmittel für den „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. und „Schattenriss“ eingesetzt. Beide Anträge wurden im Zuge der Haushaltsverhandlungen stattgegeben. Darüber hinaus haben wir jeweils Termin und Besuche bei den Mütterzentren unternommen. Hier wollen wir perspektivisch die Unterstützung weiter ausbauen.

Weitere Handlungsfelder sind immer noch die problematische und unzureichende Finanzierung der Frauenhäuser über Tagessätze und die kostenfreien

Verhütungsmittel für Hartz IV EmpfängerInnen. Hier wurde trotz beständiger Thematisierung noch keine Verbesserung erreicht.

Im Komplex Armutsbekämpfung sind Frauen besonders betroffen, ob Altersarmut oder auch als diejenigen, die den größten Anteil bei den Minijobs und bei Teilzeitstellen darstellen. Unser besonderes Augenmerk gilt hierbei vor allem den Alleinerziehenden, die gerade in Bremen eine große Gruppe einnehmen, von denen fast die Hälfte von ALG II existieren muss. Am Frauentag am 8. März verteilte die Fraktion Rosen und eine Postkarte „Gute Arbeit – guter Lohn – früh nach Hause“.

## **Frieden und Antimilitarismus**

Die Fraktion konnte im vergangenen Jahr den öffentlichen Diskurs über den Rüstungsstandort Bremen entscheidend mitprägen. Vor allem die Debatte um Forschungsk Kooperationen zwischen öffentlichen Hochschulen und Rüstungsindustrie haben wir mit eigenen Recherchen unterfüttert und stetig problematisiert. In diesem Feld hat sich schon kurz nach der Konstituierung der Fraktion eine Arbeitsgruppe gebildet, um außerparlamentarische Friedensbewegung und antimilitaristische AktivistInnen mit der Bürgerschaftsfraktion zu vernetzen.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Gemeinsam haben wir ein 180seitiges Buch veröffentlicht, zum Antikriegstag eine lange und öffentlichkeitswirksame Fahrradtour zu den Waffenfabriken der Stadt unternommen und ein halbes Dutzend parlamentarische Initiativen erarbeitet. Ein gesetzliches Verbot von Rüstungsforschung wird mittlerweile vom Senat immerhin geprüft. Der Senat hält sich im Vergleich zu früheren Jahren mit direkter Subventionierung der Rüstungsindustrie (wenn auch widerwillig) einigermaßen zurück.

Auch der Waffenumschlag über Bremische Häfen konnte in einem ersten Schritt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden, wenn auch der Senat in der Beantwortung einer Anfrage öffentlich einräumte, die eigenen Gesetz zu brechen und keine Datenerhebung über Gefahrgutumschlag zu praktizieren. Auch hier gilt: Wir bleiben dran.

## **Haushalt und Finanzen**

Hinter dem Image Bremens als „gemütlichem Hanseatenländchen“ verbirgt sich mehr und mehr das Armenhaus der Bundesrepublik. Fast ein Viertel aller BewohnerInnen und damit mehr als irgendwo sonst in Deutschland sind offiziell arm (stat. Bundesamt 2012). Das Land Bremen verzeichnet den zweithöchsten Prozentsatz von Kindern und Jugendlichen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, den größten Anteil an überschuldeten MitbürgerInnen, den größten Anteil von Alleinerziehenden

in Hartz IV-Bezug und einen mit weitem Abstand letzten Platz für kindliches Wohlbefinden (UNICEF-Studie 2011).

Gleichzeitig ist Bremen das Bundesland, in dem in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge deutlich geringere Mittel eingesetzt werden als irgendwo anders. Eine Folge der seit 20 Jahren andauernden „Haushaltssanierungen“, auf Deutsch Kürzungen. Durch die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz wird alles noch viel unerträglicher: Bremen ist dazu verpflichtet, ab 2020 keine Schulden mehr zu machen. Eine Vorgabe, die ohne eine deutliche Erhöhung der bremischen Einnahmen und eine Lösung der Altschuldenproblematik (z. Zt. 19 Mrd. €) unmöglich zu erreichen ist: noch 2012 fehlen Bremen mindestens 900 Mio. € an Einnahmen, um die Ausgaben von 4,6 Mrd. € zu decken. Trotzdem arbeitet der rot-grüne Senat unbeirrbar daran, weiter Ausgaben zu kürzen. In zunehmend mehr Bereichen führt dies dazu, dass die Leistungen der öffentlichen Hand nicht nur mäßig oder schlecht ausgeführt werden können, sondern am Zusammenbrechen sind. Diese Politik vertieft die soziale Spaltung, vernachlässigt die öffentlichen Aufgaben und versäumt Zukunftsinvestitionen. Besonders unverantwortlich ist dabei, dass der rot-grüne Senat selbst die bundesstaatlichen Vorgaben zum gleichmäßigen Abbau der Verschuldung („Konsolidierungspfad“) deutlich unterschreitet, also 2011, 2012 und 2013 jeweils mindestens 200 Mio € weniger ausgibt als zulässig, um so gegenüber Bund und Ländern seinen unbedingten Sparwillen zu demonstrieren. Auf der Strecke bleibt dabei jede politische Anstrengung, die geeignet wäre, die sozio-ökonomische Situation der armen BewohnerInnen Bremens wirkungsvoll zu verbessern.

Wir haben im Laufe der vergangenen 1 ½ Jahre durch eine Reihe von Anträgen krisenhafte und untragbare Zustände benannt und beantragt, notwendige und Mittel bereit zu stellen – fast immer vergeblich. Dem Kürzungszwang muss sich in Bremen alles unterordnen.

Im September 2011 stellten wir erstmals einen Antrag, die unerwartet positiv ausgefallenen Einnahmesteigerungen 2011 für soziale und bildungspolitische Investitionen zu verwenden. Nachdem die Bürgerschaft diesem Antrag nicht gefolgt war, stellten wir im Dezember einen Antrag, die Einnahmesteigerungen für den Teilersatz-Neubau des Krankenhauses Bremen-Mitte einzusetzen – ebenfalls erfolglos. Ein weiterer Antrag forderte den Senat auf, die Eckwerte für den Haushalt 2012-2013 im Bereich Bildung, soziale Teilhabe und öffentliche Strukturen anzuheben. Im Januar stellten wir zwei Anträge, die bedarfsdeckende Finanzierung der „Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen – Schattenriß“ sowie „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“ sicherzustellen. Diese beiden Anträge führten letztlich tatsächlich dazu, dass die Mittel der beiden Institutionen zumindest etwas erhöht wurden.

In den Haushaltsverhandlungen 2012-2013 im Mai reichten wir 39 Einzelanträge ein, die die dringendsten Bedarfe in den Bereichen Bildung, U3-Betreuung, Hochschulen,

Jugendarbeit, Feuerwehr, Migration, Soziales und freie Wohlfahrtspflege, Stadtteilpolitik, Krankenhäuser, Kultur, Frauen und Sport konkret bezifferten. Gleichzeitig brachten wir einen Lang-Antrag ein, in dem die Gründe für die bremische Haushaltsmisere analysiert wurden, die besonderen Herausforderungen und Bedarfe durch die hohe Anzahl armer BewohnerInnen dargestellt wurden, und der Senat aufgefordert wurde, die Kürzungspolitik aufzugeben, einen bedarfsgerechten Haushalt vorzulegen und politisch den Kampf um auskömmliche Einnahmen aufzunehmen.

Flankiert wurden die Haushaltsanträge durch einige Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen, insbesondere durch den Antrag zur Einführung einer lokalen Vermögensteuer für Millionäre. Bremen hat nicht nur den größten Anteil an armen BewohnerInnen – es hat auch die zweitgrößte Quote von MillionärInnen (nach Hamburg). Dieser Vorschlag sorgte für einige durchaus positive öffentliche Aufmerksamkeit – in einer Online-Umfrage des Weserkuriers sprachen sich 64% von knapp 1000 Abstimmenden für eine Erhöhung der Steuern für Reiche aus, wie in unserem Antrag gefordert.

Der bislang letzte Haushaltsantrag vom Juli 2012 griff die katastrophalen Missstände in der Lehrerversorgung an bremischen Schulen auf und forderte einen Nachtragshaushalt für Bildung. Dieser Antrag erlebte eine bislang einmalige „Unterstützung“ durch den Fakt, dass die CDU-Fraktion im August mit einem sachlich gleichen Antrag auf Erhöhung der Mittel „nachzog“. Abgelehnt wurden alle beide von der rot-grünen Mehrheit. Angesichts der trostlosen Lage der bremischen Schulen bleibt zu hoffen, dass rot-grün sich wenigstens dazu durchringt für 2013 einen Nachtragshaushalt zu verabschieden – dann hätte unser Antrag doch noch etwas bewirkt.

## **Innenpolitik**

Drei zentrale Themen im Bereich der Innenpolitik bestimmten unsere Arbeit: Antifaschismus, der Inlandsgeheimdienst und Kürzungsrunden bei Polizei und Feuerwehr, die zwischenzeitlich in ‚wilde Streiks‘ der verbeamteten Belegschaften mündeten. Ein sogenannter Eklat soll es gewesen sein, als wir in der Debatte um die NSU-Morde die Aktivitäten der Neonazis in Bremen benannten – und aufzeigten, mit welchen Methoden der Geheimdienst auch in Bremen antifaschistisches Engagement systematisch unterläuft und kriminalisiert, auf der anderen Seite Nazischläger aber quasi straffrei aus jedem Gerichtssaal gehen. Die Fraktion ist gut in die antifaschistische Bewegung hinein vernetzt. Die breite öffentliche Empörung über ein Rechtsrockkonzert in den Räumlichkeiten eines Bremer Sportvereins hat DIE LINKE mitgetragen, als einzige im Parlament vertretene Fraktion. Mittlerweile rühmt sich der Senat damit, dass solche Nazikonzerte „nicht mehr“ stattfänden.

Bei Feuerwehr und Polizei zeigen sich für alle in der Stadt spürbar die Folgen der Personalkürzungen. Die Personalpläne der Feuerwehr beruhen sowieso schon auf der expliziten Annahme, dass in Bremen ein Wohnungsbrand 2 Minuten später zum Tod führt, als im Rest des Landes. Polizei und Feuerwehr sind systematisch überkürzt und baden die nicht verschuldete Haushaltsnotlage aus. Nun soll auch noch ihre Krankenversicherung privatisiert werden. Aber beide Berufsgruppen gehen offensiv und kämpferisch in die Debatte und Aktionen: Sie kritisieren mit uns die Schuldenbremse und bringen den Senat in arge Argumentationsnöte. Mit den Personalräten stehen wir im solidarischen Austausch.

## **Kinder und Jugend**

Dringendste Baustelle im Politikbereich Kinder ist der Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder. Demzufolge stellte dies auch den Schwerpunkt unserer Arbeit auf dem Gebiet dar. Seit auf Bundesebene ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung von Anfang an beschlossen wurde, hat Bremen es versäumt, auch nur annähernd ein bedarfsdeckendes Platzangebot zu schaffen. Ab August 2013 werden Eltern, die keinen Platz für ihr unter 3-jähriges Kind bekommen haben, klagen können. Auf Bremen könnten dann erhebliche finanzielle Belastungen zukommen- Geld, das besser jetzt in Plätze investiert wäre. Genau das haben wir mehrfach in unterschiedlichen Zusammenhängen beantragt. In den Haushaltsverhandlungen forderten wir 26 Millionen Euro mehr für die Kinderbetreuung, die nötig wären, um ausreichend Plätze einzurichten. In der Bürgerschaft forderten wir mehr als 2000 zusätzliche Krippenplätze, Rücknahme von Kürzungen bei KiTa Bremen und die Gleichstellung der Zuwendungen für Elternvereine und Tagespflege, in Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Eltern, MitarbeiterInnen und Trägern. Der Senat rechnet dagegen die Zahlen schön, vermeidet öffentliche Angebote zugunsten privater Träger und spart damit auf Kosten der Eltern, Kinder und Beschäftigten und zulasten sozialer Chancengleichheit. Besonders schwer getroffen werden dadurch alleinerziehende Eltern, da sie stärker auf Kinderbetreuung angewiesen sind. Auch hier ist Bremen mal wieder Hochburg: Rund 60% der Alleinerziehenden, die Sozialleistungen beziehen, sind AufstockerInnen, auch weil ihnen eine ausreichende Kinderbetreuung fehlt.

Unsere Jugendpolitik bezieht sich im Wesentlichen auf die offene Jugendarbeit. Diese ist schon seit Jahren von kalten Kürzungen betroffen, weil die Mittel gleich bleiben, die Kosten aber steigen. Viele Freizeits mussten deswegen ihre Öffnungszeiten reduzieren und Stellen streichen. Für den Haushalt 2012/2013 plante der Senat sogar eine Kürzung von 1,9%, wozu wir natürlich einen Änderungsantrag stellten. Auch die Koalitionsfraktionen haben eingesehen, dass sie damit den Jugendangeboten in den Stadtteilen das Grab schaufeln würden, so dass die Kürzung zurückgenommen wurde. Trotzdem wurde im Sommer 2012 bekannt, dass

das Freizi Buntentor von der Schließung bedroht ist. Zusammen mit den NutzerInnen und Beschäftigten und der linken Beiratsfraktion forderten wir den Erhalt des Freizis und die Wiederherstellung des ursprünglichen Angebots. In der Bürgerschaft konnten wir durch einen Antrag immerhin erreichen, dass eine Schließung ausgeschlossen wurde.

## **Klinik-Keime (Parlamentarischer Untersuchungsausschuss)**

Wesentlicher Schwerpunkt im Bereich Gesundheit war die intensive Mitarbeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Klinikkeime“, der im November 2011 eingesetzt wurde und aktuell erst abgeschlossen wird. Aufgrund der immer wieder neu aufgetauchten Missstände in Bezug auf Hygiene- und Reinigungsmängel haben sich die Anhörungen länger hingezogen als es geplant war. Insbesondere das Gutachten des Krankenhaushygienikers Prof. Popp, dass die Staatsanwaltschaft in Auftrag gegeben hatte, führte dazu, dass erneut Zeugen vor dem Ausschuss aussagen und der ehemalige Staatsrat Schulte-Sasse wie auch die Senatorin Jürgens-Pieper ein weiteres Mal zu den Vorkommnissen Stellung beziehen mussten.

Im Laufe der Untersuchungen wurde immer deutlicher, dass der Sanierungskurs des Senats sprich der drastische Personalabbau in den kommunalen Kliniken und insbesondere im Klinikum Bremen Mitte dazu beigetragen hat, dass Hygienevorschriften nicht oder nur unzureichend eingehalten wurde. Seit Beginn der Ausschussarbeit wurde die Rolle des Personalabbaus in Bezug auf den Keimausbruch von uns immer wieder als wesentlich benannt. Diese Herangehensweise hat sich schließlich auch durchgesetzt.

Am 19.03.2012 führten wir in den Weserterrassen eine Veranstaltung mit Beschäftigten der Berliner Charité Facility Management zu Auslagerung und Lohndrückerei in den Krankenhäusern durch. Zu den Zwischenergebnissen des PUA haben wir eine Veranstaltung am 27.03.2012 im Haus der Wissenschaft durchgeführt und Anfang eine Broschüre mit dem Titel „Kalendarium ...“ herausgegeben. Die Broschüre stellt eine Chronologie der Ereignisse anhand der Pressemitteilungen dar, die unsere Arbeit im Ausschuss begleiten und dokumentieren.

Am 25.10.2012 haben wir bei einer Veranstaltung im Abgeordneten Büro Bremen Nord einen Überblick zu den Auswertungen des Ausschusses vorgestellt. Wir werden in Bezug auf den Endbericht, der in der Dezemberbürgerschaft 2012 debattiert wird, mit hoher Wahrscheinlichkeit eine eigene Einschätzung, sprich ein Minderheitenvotum vorlegen.

## Migration

Menschen mit Migrationshintergrund sind eine große gesellschaftliche Gruppe (mehr als ein Viertel), die immer noch mit erheblichen institutionellen und gesellschaftlichen Benachteiligungen konfrontiert ist. Die strukturell-institutionellen Hürden sind insbesondere die vielen Sondergesetze wie Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitsverbote, Lagerunterbringung, Abschiebungen und viele mehr.

Einen Antrag der Fraktion zur Ausweitung der Residenzpflicht auf Niedersachsen und deren letztendliche Abschaffung lehnte die Bürgerschaft zwar ab, der Senat machte aber anschließend genau das. Unsere Position im Parlament greift eine jahrelange Forderung von Flüchtlings(selbst)organisationen auf und geht auch mit den aktuellen Flüchtlingsprotesten und –Märschen einher. Wir haben die Reduzierung der Wohnverpflichtung in Asylheimen gefordert und geförderten Wohnraum auch Asylsuchenden zur Verfügung zu stellen, der Antrag wurde überwiesen und setzt die Koalition zumindest unter Druck, zuzustimmen. Unseren Antrag für ein Bleiberecht für langjährig Geduldete lehnte die Bürgerschaft ab, reichte aber nur fünf Tage nach unserem einen ähnlichen Antrag ein. Angesichts dem bundesweit höchsten Anteil an Kettenduldungen (in Bremen leben 60% der Geduldeten schon länger als 6 Jahre mit Duldung) fragte die Fraktion den Senat nach dem Stand unsicherer Aufenthalte in Bremen, heraus kam u.a., dass mehr als die Hälfte der Duldungen wegen Passlosigkeit bestehen. Wenig später legte der Innensenator einen neuen Erlass zur Erteilung von Ausweisersatzpapieren vor. Den Finger in die Wunde legen lohnt sich also, auch ohne formelle Zustimmung zu unseren Vorschlägen konnten einige Verbesserungen erreicht werden, nicht zuletzt deswegen, weil unsere Forderungen im Parlament durch außerparlamentarische Aktionen begleitet werden.

So auch geschehen auf dem Gebiet gesellschaftlicher Partizipationshürden, denen teilweise auch Eingebürgerte mit Migrationshintergrund ausgesetzt sind. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind weit verbreitet, als Resultat werden vermeintlich „Fremde“ im Bildungssystem, bei Ausbildung, Job- oder Wohnungssuche etc. diskriminiert, obwohl das verboten ist. Die Fraktion forderte daher in enger Abstimmung z.B. mit dem Bremer Rat für Integration, aus dem auch Abgeordnete in der Bürgerschaft sitzen, eine unabhängige Antidiskriminierungs-Beratungsstelle. Die Regierungsfractionen machten sich selbst öffentlich lächerlich mit ihrer Ablehnung, die sie mit der finanziellen Belastung begründeten, obwohl sie später z.B. eine Mobilitätsberatung beschlossen. Unter Druck setzen konnten wir die Koalition bei der erleichterten Einbürgerung von Kindern, wo zunächst eine Altersgrenze von 16 Jahren gelten sollte, die aufgrund unseres öffentlichen Drucks auf 12 Jahre reduziert wurde- immer noch zu wenig, aber ohne uns wären die 16 Jahre beschlossene Sache gewesen.

## Soziales

Schwerpunkte im Bereich Soziales/Gesundheit/Justiz/Kultur waren und sind:

- die inhaltliche Begleitung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) „Krankenhauskeime“ inkl. Durchführung einer Podiumsdiskussion im Haus der Wissenschaft und Erstellung einer Broschüre
- Die verfehlte Krankenhauspolitik des Bremer Senats (rücksichtsloser Personalabbau, mangelnde Beachtung der Hygienevorschriften, Outsourcing patientenferner Bereiche, zweifelhafte Finanzierung des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte) wird von Peter seit langem kritisiert und sowohl im Aufsichtsrat des Klinikverbundes GeNo als auch auf parlamentarischer Ebene immer wieder problematisiert.
- Teilnahme an den Sitzungen des Runden Tisches zum Weiterbau der Autobahn A 281 (in enger Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative). Unterstützung der Ziele der Anwohner-initiativen auf parlamentarischer Ebene.
- Belegung des Stadtteilbüros „Linkstreff 95“ in der Neustadt: „Linke Politik hat Tradition am Buntentor“: Geschichte des „Roten Hauses“ (im Dritten Reich Johann-Gossel-Haus). Im Stadtteilbüro finden Bürgersprechstunden, Beratungsgespräche für auf Sozialeleistungen angewiesene Menschen, Treffen der AG Soziales (Vorbereitung der Sitzungen der Sozialdeputation unter Einbeziehung Sachkundiger Bürgerinnen und Bürger) und andere Veranstaltungen statt.
- Projekt „Altersarmut“. Enge Vernetzung mit der LAG Bremen (Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände) und den Dienstleistungszentren, die die Betreuung älterer Menschen in den Stadtteilen organisieren.
- Das Armutsrisiko ist in Bremen von allen Bundesländern am höchsten, die demographische Entwicklung wird dieses Risiko weiter in den Fokus rücken. Die Situation älterer Menschen – besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen – wird sich durch die „kalten Kürzungen“ innerhalb des Sozialetas für die DLZs spätestens ab 2014 eklatant verschärfen. Die Arbeitssituation in den DLZs ist bereits jetzt geprägt von Einsparungen, Personalmangel und einer beständig anwachsenden Kundenzahl. Einzelfallgeprägte Beratung kann kaum noch stattfinden, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich auf die reine Kernkompetenz (Vermittlung von Dienstleistungen für Senioren) beschränken muss.
- Über Jahre ist hier ein von der übrigen Gesellschaft weitgehend abgekoppeltes System der Versorgung bedürftiger älterer Menschen durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entstanden, die ebenfalls von Armut bedroht sind, meist selbst im Hartz-IV-Bezug oder abhängig von anderen Transferleistungen sind.
- In Vorbereitung zu diesem Thema sind derzeit eine parlamentarische Anfrage, Durchführung einer Podiumsdiskussion, ein Kurzfilmprojekt (Interview mit einer Betroffenen zur Verdeutlichung der alltäglichen Auswirkungen der

verfehlten Seniorenpolitik des Bundes und des Landes), Erstellung einer Informationsbroschüre.

- Kleinere Initiativen:

Wir streben eine engere Vernetzung mit Kultureinrichtungen und sozialen Einrichtungen an. Intensive Gespräche bei „Besuchen vor Ort“ ergeben zunehmend ein erschreckendes Bild der Auswirkungen der rigiden Sparpolitik des Bremer Senats, die es zu skandalisieren gilt.

Gespräche mit Verantwortlichen vieler unterfinanzierter Initiativen ergeben unisono eine Problemlage, die sich künftig vor dem Hintergrund der unbedingten Einhaltung der Schuldenbremse noch verschlimmern wird. Aus diesen Gesprächen entstehen Anregungen für parlamentarische Anfragen und Anträge.

- Neues Museum Weserburg
- Gesellschaft für Aktuelle Kunst
- Schnürschuh-Theater am Buntentor
- Waldau-Theater in Walle
- Blaumeier-Atelier
- Straffälligenhilfe
- Bewährungshilfe
- JVA Oslebshausen
- Landesgerichtsvollzieher
- LAG Bremen
- DLZ Huchting, Neustadt, Tenever, Gröpelingen. Schwachhausen

## **Stadtentwicklung**

Die Wohnungsknappheit wird in Bremen zunehmend zu einem großen Problem. Bezahlbarer Wohnraum ist kaum noch zu bekommen, die Stadt hat in den letzten Jahren keinerlei Anstrengungen unternommen dem entgegen zu wirken. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen keine Bleibe haben, bzw. in unzumutbaren Unterkünften bleiben müssen. Zudem wird es durch Mietpreissteigerungen und erhöhten Energiekosten kaum noch möglich, entsprechenden Wohnraum finden oder ihn zu finanzieren.

Die Fraktion hat dazu eine große Anfrage eingereicht, deren Beantwortung auch die Defizite in der bremischen Wohnungsbaupolitik dargelegt hat. Wir haben in der

Auseinandersetzung um das neue Wohnbauförderungsprogramm des Senats dies stark kritisiert und eine Reihe von Gegenmaßnahmen vorgeschlagen. Unter anderem muss es eine verbindliche Quote von sozialem Wohnungsbau bei jeglichem Bauvorhaben in der Stadt geben. Hier werden wir den Senat weiterhin an seinen Versprechungen messen und uns weiter dafür einsetzen, dass alle Menschen in Bremen, bezahlbaren und akzeptablen Wohnraum zur Verfügung haben. Teilgenommen haben wir an der Aktion „Ein Karton ist keine Wohnung“ des Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot am 16.10.2012 vor der Bürgerschaft.

## **Umwelt & Energie**

Unseren Einsatz gegen Atomtransporte setzten wir fort. Im Januar 2012 beschloss die Bürgerschaft ein Umschlagsverbot für Kernbrennstoffe in den Bremischen Häfen. Auch das blieb weit hinter unserer Forderung zurück, alle radioaktiven Stoffe zu verbieten, deckt die rosa-olivgrüne Hafenteilentwidmung doch nur weniger als ein Fünftel aller Atomtransporte ab. Trotzdem ist das gesetzliche Umschlags-Teilverbot bundesweit ein Novum, welches die Atomlobby erschüttert hat.

Anders ist nicht zu erklären, dass sich mittlerweile der Bremische Staatsgerichtshof, verschiedene Bundesministerien und –Behörden und die EU-Kommission mit dem Bremer Umschlagsverbot beschäftigen. Ein eher symbolischer, aber doch wahrnehmbarer Schlag vor den Bug der internationalen Atomindustrie konnte so erwirkt werden. Da der parlamentarische Weg für uns ausgeschöpft ist, bleibt das Volksbegehren für ein vollständiges Verbot von Atomtransporten ein wichtiges Vorhaben, um weiterhin der Atomlobby Paroli zu bieten und der öffentlichen Meinung Ausdruck zu verleihen.

Der Konflikt Wirtschaft gegen Menschen ist noch lange nicht ausgetragen. Für die sozialökologische muss täglich im Großen und Kleinen gekämpft werden. BürgerInnen stehen auf gegen permanenten Lärm, gegen die Kommerzialisierung der Natur und gegen die Privatisierung öffentlichen Raums. Die Fraktion greift diese Kämpfe auf uns setzt sich auch im Parlament für die Forderungen der Anti-Atom-Bewegung ein, für Forderungen von Lärminitiativen und gegen Privatisierungen und ähnliches. So haben wir Anträge gestellt für ein Nachtflugverbot, gegen das City-Resort und für lokale Energieversorgung.

## **Wissenschaft**

Bremens Erfolge bei der Exzellenzinitiative täuschen schon jetzt nicht darüber hinweg, dass dieses neoliberale Projekt ein reines Umverteilungsprogramm ist. Ökonomisch schlecht verwertbare Studiengänge sind akut von Schließung bedroht, aktuell merken das die KunstpädagogInnen an der Uni. Die Hochschule, wo die formalen Zugangshürden noch deutlich niedriger sind, steht vor einer Schrumpfung um ein Drittel bei Personal und Studierenden.

Der Verwertbarkeits- und Konkurrenzdruck auf die Hochschulen betrifft Beschäftigungsverhältnisse, Lehrpläne und Studienbedingungen. Prekäre Arbeit ist mit dem Rückzug der öffentlichen Hand aus der Wissenschaftsfinanzierung alltäglich geworden. In Bremen waren wir die Ersten, die dieses Phänomen auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt und zusammen mit der Bundestagsfraktion mit Aktiven und Personalräten von ver.di und GEW und Studierenden einen Kongress zum Thema durchgeführt haben, der allen Beteiligten Raum zur Vernetzung gegeben hat.

All das gilt nicht für die Jacobs University, die seit 2001 134 Millionen Euro aus dem Bremer Haushalt bekam hat und nun eine neue Subventionslinie bekommen soll. Dieser Skandal treibt nicht nur die öffentlichen Hochschulen um – an denen in den nächsten Jahren um eben jene 3 Millionen Euro jährlich gekürzt werden sollen, die der JUB jetzt versprochen werden. Öffentlich hat die Linksfraktion als einzige skandalisiert, dass Geld für Privatunternehmen nach Klassenlage dann eben doch da ist.

## Anhang:

### Anträge (Stichtag 18.Oktober 2011- 9. November 2012)

<u>Bremische Hafenordnung konsequent anwenden - Umschlag von Gefahrgütern dokumentieren</u>	Hafen, Umwelt
<u>Kein weiteres Steuergeld für die Jacobs University – stattdessen in Uni Bremen und öffentliche Hochschulen investieren!</u>	Haushalt, Wissenschaft
<u>Grundwassersanierung beim Tanklager Farge beschleunigen</u>	
<u>Widerstand gegen Sparpläne ist richtig – keine Kürzung bei der Heilfürsorge für Feuerwehr und Polizei im Land Bremen! (aktStd)</u>	Inneres
<u>Geförderter Wohnraum auch für Asylsuchende!</u>	Migration, Flüchtlinge, Wohnen
<u>Bremen unterstützt Bündnisse „Vermögensteuer Jetzt“ und „Umfairteilen– Reichtum besteuern“!</u>	Soziales
<u>Widerstand gegen MOX-Brennelemente-Transporte</u>	Umwelt, Hafen
<u>Änderungsantrag: Vermieterinnen und Vermieter an Maklerprovision beteiligen</u>	Soziales, Wohnen
<u>Initiative zur Verhinderung von Altersarmut ergreifen! Geplante „Zuschussrente“ ist eine Bankrotterklärung schwarz-gelber Rentenpolitik</u>	Soziales
<u>Änderungsantrag: Uniwildnis unter Landschaftsschutz stellen</u>	Umwelt
<u>Finanzierung des Neubaus des Klinikums Bremen-Mitte gefährdet (aktStunde)</u>	Krankenhäuser
<u>Erleichterte Einbürgerung auch für Kinder unter 12 Jahren</u>	Migration/Flüchtlinge
<u>Kommunale Wohnungsvermittlung statt Maklergebühren im Land Bremen</u>	Stadtentwicklung, Wohnen
<u>Änderungsantrag: Bremisches Mindestlohngesetz</u>	Arbeit
<u>Nachtragshaushalt Bildung jetzt!</u>	Bildung, Haushalt
<u>Kein Adresshandel mit Meldedaten!</u>	Inneres
<u>Fiskalpakt: Fundamentale Einschränkungen der politischen Handlungsfähigkeit für eine Handvoll Euro</u>	Finanzen, Europa
<u>Freizi Buntentor erhalten!</u>	Kinder&Jugend
<u>Anwohner innengesundheit schützen, Wohnqualität steigern – konsequentes Nachtflugverbot für Bremen einführen</u>	Verkehr
<u>Wohnungslücke schließen, Sozialen Wohnraum schaffen – Konzept gegen Wohnungsnot, Verdrängung und Immobilien-Spekulation erstellen!</u>	Stadtentwicklung, Wohnen
<u>Die Sitzungen der Stadtbürgerschaft übertragen</u>	Medien
<u>Keine Schlechterstellung von Tagesmüttern! – LINKE beantragt Umsetzung des Tarifvertrages ohne Wenn und Aber</u>	Kinder&Jugend, Soziales
<u>Änderungsantrag: Erleichterte Einbürgerung für in Bremen gut integrierte Kinder und Jugendliche</u>	Migration/Flüchtlinge
<u>Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes</u>	Inneres
<u>Friedliche Forschung und Lehre gibt es nur mit Kontrolle und gesetzlicher Zivilklausel!</u>	Wissenschaft, Frieden
<u>Sorgfaltswidriges und fahrlässiges Spiel mit dem Feuer sofort beenden – Feuerwehr Bremen muss nach gültigen Regeln aufgestellt werden!</u>	Inneres
<u>Haushalte 2012/2013: Zukunft sichern – den Kampf um auskömmliche Einnahmen aufnehmen!</u>	Haushalt, Finanzen
<u>Extreme Haushaltsnotlagen erfordern extreme Maßnahmen – Einführung einer lokalen solidarischen Millionärssteuer prüfen!</u>	Haushalt, Finanzen
<u>39 Änderungsanträge: Haushalt 2012/2013: Soziales, Bildung und Gesundheit nicht aushungern</u>	Haushalt, Finanzen
<u>Änderungsantrag: Drucksache 18/277 „Berichterstattung zur</u>	Inneres, Nazis

<u>Auseinandersetzung zu Rassismus und Rechtsextremismus im Lande Bremen weiterführen“</u>	
<u>Umsatzsteuererlegung an Bildungsaufgaben anpassen!</u>	Finanzen, Bildung
<u>Änderungsantrag: Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangwohnheime</u>	Migration/Flüchtlinge
<u>Ergänzende Anträge zu TOP 4, staatliche Innendeputation am 17. April 2012 „Erleichterung von Familienbesuchen für Migrantinnen und Migranten“</u>	Migration/Flüchtlinge
<u>Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets ausschließlich für den ursprünglichen Verwendungszweck nutzen</u>	Soziales
<u>Transparenz der demokratischen Kontrolle des Landesamtes für den Verfassungsschutz</u>	Inneres
<u>Acta ad acta legen und zeitgemäßes Urheberrecht entwickeln</u>	Medien, Recht
<u>Aktuelle Stunde zur AfsD-Auflösung</u>	Soziales
<u>Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes - Artikel 1 Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes</u>	Arbeit
<u>Informationsfreiheitsgesetz: Veröffentlichung von Verwaltungsanweisungen der Bremer Sozialbehörde konsequent umsetzen!</u>	Soziales
<u>ACTA-Ratifizierung verhindern - urheber- und nutzerfreundliche Reformen anstoßen</u>	Medien, Recht
<u>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen (Untersuchungsausschussgesetz)</u>	Krankenhäuser, Recht
<u>Anspruch auf Beratung und Hilfe für Opfer von Gewalt</u>	Recht
<u>Konzept zur Kindertagesbetreuung endlich vorlegen</u>	Kinder&Jugend
<u>Eigenständigkeit der swb AG erhalten – Einhaltung des Konsortialvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der EWE AG sicherstellen!</u>	Wirtschaft, Energie
<u>Zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/229 „Bremisches Mindestlohngesetz“</u>	Arbeit, Soziales
<u>10 Jahre Hartz-Kommission – 10 Jahre Armut per Gesetz</u>	Soziales
<u>Aktivitäten der Rüstungsindustrie an Bremischen Hochschulen unterbinden – Zivilklausel im Hochschulgesetz verankern – Forschungsstellen zum Ausschluss von Rüstungsforschung einrichten</u>	Wissenschaft, Frieden
<u>Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes</u>	Inneres
<u>Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes</u>	Umwelt, Hafen
<u>Bedarfsdeckende Finanzierung der „Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen – Schattenriss e. V.“ gewährleisten!</u>	Frauen
<u>Hilfe für Opfer sexueller Gewalt sicherstellen - bedarfsdeckende Finanzierung des „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.“ sicherstellen!</u>	Frauen
<u>Für ein Recht auf ein Girokonto für alle</u>	Soziales
<u>Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen</u>	Wirtschaft
<u>Änderungsantrag: Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes, des Bremischen Wahlgesetzes und des Gesetzes über die Deputationen</u>	Verfassung, Recht
<u>Rechtsextremistischem Gedankengut gemeinsam mit aller Entschlossenheit entgegentreten, rechtsextremistische Täter</u>	Inneres, Nazis

<u>konsequent strafrechtlich verfolgen, Solidarität mit den Opfern und umfassende Transparenz staatlichen Handelns</u>	
<u>Änderungsantrag „Stadtticket sichern und stärken!“ der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN</u>	Soziales
<u>Haushaltseckwerte auch für Investitionen in Bildung, soziale Teilhabe und öffentliche Strukturen korrigieren!</u>	Haushalt, Finanzen
<u>Frühchenbehandlung in Bremen weiter sicherstellen</u>	Krankenhäuser
<u>Geheimdienste demokratisch kontrollierbar machen – Nazi-Mordserie umfassend aufklären</u>	Inneres, Nazis
<u>Freie Mittel aus dem Haushalt in 2011 für Investition in den Teilersatzneubau Krankenhaus Bremen Mitte verwenden!</u>	Finanzen, Krankenhäuser
<u>Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses</u>	Krankenhäuser
<u>Änderungsantrag zum interfraktionellen Antrag, Neufassung der Drs. 18/122: Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Umstände der Infektionswelle und der Todesfälle von frühgeborenen Kindern (...)</u>	Krankenhäuser
<u>Aussetzung der Kapazitätsfestlegung für die 5. Klassen</u>	Bildung
<u>Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD (Drs. 18/75): Nachhaltigkeit der europäischen Fischereipolitik sichern</u>	Umwelt, Entwicklung
<u>Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes</u>	Umwelt, Häfen
<u>Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Kostenlose Verhütungsmittel für Leistungsberechtigte</u>	Soziales
<u>Für eine neue stichtagsungebundene Bleiberechtsregelung</u>	Migration/Flüchtlinge
<u>Frauenhäuser bedarfsdeckend finanzieren – Zugang für alle Betroffenen ermöglichen!</u>	Frauen
<u>Einrichtung einer Stiftung „Sozialer Zusammenhalt“</u>	Stadtentwicklung
<u>Standards in der Kinderbetreuung halten!</u>	Kinder&Jugend, Soziales
<u>15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Datenschutz bei der Erhebung des Rundfunkbeitrags wahren</u>	Medien
<u>Versprechen einlösen- UNHCR-Flüchtlinge aufnehmen!</u>	Migration/Flüchtlinge

## Anfragen (Stichtag 18.Oktober 2011- 9. November 2012)

<u>Stromabschaltungen und soziale Spaltung (GrAnfr)</u>	Soziales
<u>Leerstehende Immobilien in Bremen (klAnfr)</u>	Stadtentwicklung, Wohnen
<u>Dienstreisen von Senatsmitgliedern (klAnfr)</u>	Inneres
<u>Bremen: das Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland? Konsequenzen aus der Armutsgefährdungsquote im Land Bremen ziehen (GrAnfr)</u>	Soziales
<u>Stellenbesetzungen an Schulen in der Stadt (klAnfr) Bremen</u>	Bildung
<u>Mindestlohn bei Cinemaxx (FrStd)</u>	Arbeit
<u>Beschulung in Vorklassen im Land Bremen (klAnfr)</u>	Bildung
<u>Rechtsextremistisch, antisemitisch und antimuslimisch motivierte Straftaten in Bremen und Bremerhaven für das erste Halbjahr 2012 (klAnfr)</u>	Inneres, Nazis
<u>Berufliche Zukunft der früheren Schleckerbeschäftigten weiterhin ungewiss (FrStd)</u>	Arbeit, Soziales
<u>Anschaffung sogenannter Spuckschutzhauben (FrStd)</u>	Inneres
<u>Schaffung von sozialem Wohnraum (FrStd)</u>	Stadtentwicklung, Wohnen
<u>Mindestlohn auch für Bürgerpark-Tombola-MitarbeiterInnen (FrStd)</u>	Arbeit, Soziales
<u>Asylbewerberleistungsgesetz – Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils in Bremen (FrStd)</u>	Migration, Flüchtlinge
<u>Waffen- und Munitionsexporte über die Bremischen Häfen (klAnfr)</u>	Hafen, Frieden
<u>Einsatz künstlicher DNA (FrStd)</u>	Inneres
<u>Sanierung des Mahnmals für die Opfer der „Reichspogromnacht“ (klAnfr)</u>	Kultur
<u>Rassistischer Brandanschlag in Bremen-Woltmershausen Ende Juli 2012 (Depu)</u>	Inneres, Nazis
<u>Ergebnisstand Arbeitsgemeinschaft zur Frage des Zugangs zu kostenlosen Verhütungsmitteln für Leistungsberechtigte (FrStd)</u>	Soziales
<u>MOX-Brennelemente-Transporte über bremisches Gebiet? (FrStd)</u>	Umwelt, Hafen
<u>Sanierung des Mahnmals für die Opfer der „Reichspogromnacht“ (klAnfr)</u>	Kultur
<u>Soziale Aspekte der Wohnungsbaupolitik in Bremen (GrAnfr)</u>	Stadtentwicklung, Wohnen
<u>Transparenz über Projekte der Bremischen Rüstungsindustrie an den Hochschulen herstellen (klAnfr)</u>	Wissenschaft, Frieden
<u>Zukunft der Bremer Schlecker-Beschäftigten (FrStd)</u>	Arbeit
<u>Beschäftigungsverhältnisse an Bremischen Hochschulen (GrAnfr)</u>	Wissenschaft, Arbeit
<u>Klebsiellen-Kontamination im KBM durch verkeimte Dosieranlage (klAnfr)</u>	Krankenhäuser
<u>Ungleicher Beginn KiTa- und Schuljahr: Doppelbelastung für Eltern (FrStd)</u>	Kinder&Jugend
<u>Umsetzung des Bundesprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ (FrStd)</u>	Arbeit
<u>Abschiebungen von Roma und anderen ethnischen Minderheiten (klAnfr)</u>	Migration/Flüchtlinge
<u>Ungeklärte Raumsituation Mütterzentrum Vahr (FrStd)</u>	Soziales
<u>Unterstützung für den Zucker-Club (FrStd)</u>	Kultur
<u>Rüstungsforschung an der Hochschule Bremen mit Rheinmetall Defence Electronics GmbH im Projekt „Argus“</u>	Wissenschaft, Frieden

<u>Fällen von Pappeln an der A 27 in der Nist- und Brutzeit (FrStd)</u>	Umwelt
<u>Ausschöpfung und Verbleib von Bundesmitteln für „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II“ (Hartz IV) (klAnfr)</u>	Soziales
<u>Werbung und Sponsoring an den Hochschulen im Land (klAnfr)</u>	Wissenschaft
<u>Ansprachen und Anwerbepaxis der Geheimdienste gegenüber AntifaschistInnen im Land Bremen (klAnfr)</u>	Inneres
<u>Reduzierung und Beendigung unsicherer Aufenthalte im Land Bremen (GrAnfr)</u>	Migration/Flüchtlinge
<u>Beschulung in sanierungsfälligen Räumlichkeiten im Bremer Westen (FrStd)</u>	Bildung
<u>Bezug von Wiesenhof-Produkten an Bremer Krankenhäusern (FrStd)</u>	Krankenhäuser
<u>Auswirkungen der Kürzung der Eingliederungstitel nach SGB II in Bremen (klAnfr)</u>	Soziales
<u>Praktikumsklassen in der beruflichen Bildung (FrStd)</u>	Bildung
<u>NamensgeberInnen für Straßen, Plätze und Schulen mit national-sozialistischem Hintergrund (FrStd)</u>	Inneres, Nazis
<u>Betreuung unter 3-jähriger Kinder im Land Bremen: Entwicklung, Stand und Ausbauplanung (GrAnfr)</u>	Kinder&Jugend, Soziales
<u>Beschäftigungen in der Arbeitnehmerüberlassung im Land Bremen (klAnfr)</u>	Arbeit
<u>Der studentische Wohnungsmarkt zwischen Spardruck auf das Studentenwerk Bremen und Renditeerwartungen in hochpreisigen Hedgefonds-Wohnheimen (GrAnfr)</u>	Wissenschaft, Wohnen
<u>Gesundheit Nord – Konzept der Zentralisierung gescheitert? (klAnfr)</u>	Krankenhäuser
<u>Veröffentlichung der Standorte von Überwachungskameras (FrStd)</u>	Inneres
<u>Personalienfeststellungen und Durchsuchungen an sogenannten Gefahrenorten (klAnfr)</u>	Inneres
<u>Verkauf des Bahnhofsvorplatzes (FrStd)</u>	Stadtentwicklung
<u>Etaterhöhung des Landesamts für Verfassungsschutz (FrStd)</u>	Inneres
<u>Aussageverbot für Ermittler statt Aufklärung des Naziterrors? (FrStd)</u>	Inneres, Nazis
<u>Atomtransporte über Bremisches Gebiet (klAnfr)</u>	Umwelt, Verkehr
<u>Finanzielle Situation der Jacobs University und finanzielle Einsätze Bremens (klAnfr)</u>	Haushalt, Finanzen
<u>Freibeträge für AufstockerInnen (GrAnfr)</u>	Arbeit, Soziales
<u>Armutsrisiko in Bremen (FrStd)</u>	Soziales
<u>Erstattungen für Schülerbeförderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (FrStd)</u>	Soziales
<u>Anerkennung erhöhten Aufwands für AufstockerInnen (FrStd)</u>	Arbeit
<u>Forschungstransfer und Steuergeld für saudische Panzer und „targeted killings“? (GrAnfr)</u>	Wissenschaft, Frieden
<u>Gutachten zu Atomtransporte unter Verschluss (FrStd)</u>	Umwelt, Hafen